



Samstag, 26. November 2022, 15:00 Uhr
~13 Minuten Lesezeit

Die große Enttäuschung

Die Welt steuert stramm auf eine Zukunft zu, die durch Deindustrialisierung und eine „regelbasierte Weltordnung“ geprägt ist — auch Putin ist Teil des Spiels. Teil 2/2.

von Simone Hörlein
Foto: Pixel-Shot/Shutterstock.com

In einer Welt, die im Chaos zu versinken droht — stellen da nicht globale Regeln die größte Hoffnung dar? Kaum eine Politikerrede kommt in letzter Zeit ohne die Phrase von einer „regelbasierten Weltordnung“ aus. Warum sollten Gesetz und Ordnung, die sich auf nationaler Ebene bewährt haben, nicht auch international Gültigkeit haben? Legen nicht auch die nur global zu lösenden Fragen wie Seuchen- und Klimaschutz eine internationale Ordnung nahe? Spricht irgendein vernünftiger Grund gegen Regeln,

die für alle Länder gelten? Vielleicht dieser: Ist ein internationales Regime erst einmal etabliert, kommt den Regelmachern eine in der bisherigen Geschichte beispiellose Macht zu, eine Macht, die zum Fürchten ist. Viele setzten ihre Hoffnung deshalb derzeit auf Wladimir Putin als Garanten einer multipolaren Weltordnung. Wenn es einen gibt, der sich gegen die Dominanz des Westens auflehnt, so könnte man denken, bedeutet dies Vielfalt, und die Freiheit jedes Landes, selbst über sein Schicksal zu bestimmen, bleibt gewahrt. Doch wer dies von Putin erwartet, dem steht eine herbe Enttäuschung bevor. Der Kreml-Herr ist längst ein eingebetteter Mitspieler beim Projekt der großen Umgestaltung.

Geldmaschine ESG: Billionen für die Umgestaltung

Doch worum geht es bei der Etablierung dieser sogenannten nachhaltigen Wirtschaft, die sich vorgegebenen ESG-Zielen unterordnen muss, tatsächlich? Inger Andersen ist sich sicher, die nachhaltige Wirtschaft verspricht Unternehmen und Investoren ein florierendes Wachstum. Da kann ich Andersen nur zustimmen, denn die totale Zerstörung von Gesellschaft und konventioneller Wirtschaft und der nachfolgende Neuaufbau – der laut dem Souffleur Klaus Schwab ab 2030 beginnen soll – wird viele Billionen Euro in die Taschen der Großkonzerne und Finanzeliten spülen.

Das ist das eigentliche Ziel des WEF und der UNO sowie ihren zahlreichen Organisationen wie IWF, Weltbank, WTO und WHO. Es

geht um Billionen von Euro für die im WEF versammelten globalen Konzerne und die internationalen Finanzeliten. Es geht um die 0,01 Prozent der Weltbevölkerung, die bereits 30 Prozent des gesamten Reichtums der Welt auf sich vereinen und nun zur totalen Kontrolle über den Planeten und die Menschheit ansetzen.

Der vorgeschobene Schutz von Planet und Menschheit dient einzig und alleine dazu, jeglichen Widerstand gegen diesen neu erdachten Raubzug und die nachfolgende digitale Kontrolle als asozial, unsolidarisch und egoistisch zu brandmarken.

Bevor wir uns den BRICS-Staaten und ihrem 14. Gipfel zuwenden, werfen wir noch kurz einen Blick auf einige sehr aufschlussreiche Sitzungen des globalen Finanzforums.

Die Eröffnungssitzung beschäftigte sich mit den drängendsten Problemen der Menschheit, wobei der Klimawandel von allen Herausforderungen die höchste Priorität genießt, schließlich werden durch seine Eindämmung die kräftigsten Gewinne sprudeln. Aber auch die Pandemie, wirtschaftlicher Stress und, nicht zu vergessen, die soziale Ungerechtigkeit waren wichtige Themen. Die sozialen Bedürfnisse der Welt seien es, deren Lösung neue Perspektiven und Chancen bieten würden, da waren sich die Teilnehmer einig.

Und zu diesen Chancen zählt wohl vor allem, dass jährlich fünf bis sieben Billionen US-Dollar an Investitionen fällig würden, um die dringlichsten dieser Probleme abzumildern. Eine Billion sind 1.000 Milliarden, es sollen also bis zu 7.000 Milliarden jährlich in die Kassen von globalen Konzernen und damit in die Taschen der Superreichen des WEF fließen. Ist das nicht eine geniale Idee? Gibt das alte System nichts mehr her, weil du es ausgeraubt und vor die Wand gefahren hast, konstruiere einfach ein paar unsichtbare Feinde und Krisen und der Bereicherungsfeldzug kann, fast ohne jeden Widerspruch, fortgesetzt werden.

Und wie sich dieser Bereicherungsfeldzug bewerkstelligen lässt, erklären uns die Internationalisten in der Sitzung Klimawandel: Für die Lösung der globalen Klimakrise müssten alle Länder der Welt gemeinsam Verantwortung übernehmen. Es müsse eine globale Umgestaltung des Wirtschaftsmodells erfolgen. Dazu wären Finanz- und Rechtssysteme nötig, die öffentliche und private Finanzinvestitionen in Wirtschaftstätigkeiten lenken, die „unseren“ Bestand an Naturgütern erhöhen und nachhaltige Konsum- und Produktionsaktivitäten fördern.

Wie diese Umgestaltung des Wirtschaftsmodells klappen kann, erklärte dann Rolf Hogan, Programme Development Coordinator im jüngst geschaffenen **Landscape Finance Lab** (<https://www.landscapefinancelab.org/about/>) in seiner Rede: „Nie zuvor gab es mehr Geld und politischen Willen für Naturschutz und Nachhaltigkeit als in diesem Jahrzehnt.“ Und damit Investoren problemlos an unsere Steuergelder gelangen, bietet Hogans NGO Beratung und Dienstleistungen zur Strukturierung von Landschaftsinvestitionsportfolios.

Gegründet wurde das Landscape Finance Lab als eine Initiative des Worldwide Fund for Nature (WWF). Durch die Unterstützung von Climate-KIC und dem Europäischen Institut für Innovation und Technologie (EIT) von 2016 bis 2019 wurde im Jahr 2021 aus der WWF-Initiative eine unabhängige NGO, die aber weiterhin in Partnerschaft mit dem WWF agiert. Der im April 1961 gegründete WWF, mit Hauptsitz an der International Union for Conservation of Nature (IUCN) in Morges, Schweiz, ist eine mehr als umstrittene NGO. Einer seiner Gründungsmitglieder war der 1975 verstorbene Julian Huxley, ein bekannter Eugeniker und Internationalist. Huxley war zudem der erste Direktor der UNESCO und 1959 bis 1962 Präsident der British Eugenics Society.

Der verstorbene Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, wurde 1961 Präsident des British National Appeal, der ersten nationalen

Organisation in der Familie des WWF. Der Mann also, der gesagt haben soll, er wolle im nächsten Leben als tödliches Virus zurückkommen, um die gesamte Menschheit zu vernichten. Huxley und der Herzog von Edinburgh waren ganz besondere Exemplare unserer Spezies, die ganz exzellent zur Bevölkerungskontrollagenda der Internationalisten passen, die gerade dabei sind, die Welt in ihrem Sinne zu transformieren.

Leben in kontrollierten und überwachten Megaregionen

Und Bevölkerungskontrolle funktioniert am besten in überwachten und kontrollierten „menschlichen Siedlungen“. Wie solche Siedlungen künftig aussehen sollen, das wurde bei ECUMENE 2022 in der Sitzung „Nachhaltige Entwicklung der Städte“ diskutiert. In seiner Präsentation erklärte Rong Yang, Inter-Regional Advisor, UN-Habitat (<https://cities-today.com/learn-habitat-i-ii/>), Städte wären die neuen Zentren der menschlichen Entwicklung, deshalb müsste eine Umwandlung des städtischen Raums im Rahmen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung erfolgen.

Was der Inter-Regional Advisor von UN-Habitat damit meint, das können wir den Konferenzen und Dokumenten zu Habitat I bis III entnehmen. So heißt es in Habitat I unter der Headline „Proaktive Bodenpolitik“ unter anderem: dass „Privateigentum zu sozialer Ungerechtigkeit beiträgt“ und dass „eine öffentliche Kontrolle der Bodennutzung daher unerlässlich ist“. Außerdem müsse eine proaktive Bodenpolitik auf der Grundlage von Zonierung, Landreserven, entschädigtem Enteignungsrecht, der Umverteilung von Grundsteuern, der Rückgewinnung von Bodengewinnen aus öffentlichen Investitionen und gegebenenfalls öffentlichem Eigentum bestehen.

Und in Habitat III finden wir, dass es notwendig sei, einen Konsens über die städtische Kompaktheit und Dichte, die Verhinderung der Zersiedelung, die Vernetzung und den multimodalen Verkehr, die Stadterweiterung, die öffentlichen Räume, die polyzentrische Entwicklung der Ballungsräume, die städtischen Korridore und die Megaregionen zu erreichen.

Und damit das klar ist: Die internationale Gemeinschaft hat sich auf den Habitat-Konferenzen dazu verpflichtet, Städte und menschliche Siedlungen bis 2030 exakt auf diese Weise umzugestalten. Wie das für Amerika in 2050 aussehen soll, finden Sie **hier** (<https://rpa.org/work/reports?series=america-2050>). Und wer wissen möchte, wie es sich 2050 in Europa leben wird, der folge **diesem Link** (<https://www.eea.europa.eu/publications/scenarios-for-a-sustainable-europe-2050/the-scenarios>). Die kurzen Briefings haben es in sich und lassen jede noch so wirre Verschwörungstheorie ziemlich alt aussehen:

Briefing „Technokratie für das Gemeinwohl“: Nachhaltigkeit wird durch staatliche Kontrolle auf nationaler Ebene erreicht, die den kollektiven Interessen der Gesellschaft Vorrang einräumt. Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen eine noch nie da gewesene Überwachung und Kontrolle sozialer und ökologischer Systeme.

Briefing „Einheit in der Widrigkeit“: Die Europäer reagieren auf schwere Umwelt-, Klima- und Wirtschaftskrisen, indem sie die EU ermächtigen, strenge, von oben nach unten gerichtete regulatorische und marktorientierte Maßnahmen zu ergreifen, um der Wirtschaftstätigkeit rigorose Grenzen zu setzen.

Briefing „Ecotopia“: Akteure der Zivilgesellschaft – auf Deutsch NGOs – haben einen Wandel im kollektiven Denken und Handeln herbeigeführt. Lokale Gemeinschaften verbinden sich wieder mit der Natur, während Technologie sparsam eingesetzt wird, um einen

nachhaltigen Lebensstil zu ermöglichen. Verbrauch und Ressourcennutzung werden deutlich zurückgeschraubt.

Hört sich das nicht nach echter Demokratie, Mitbestimmung und dem Recht auf freie Entfaltung an?

Der wohl wichtigste Programmpunkt der ECUMENE-Sitzung „Globale nachhaltige Entwicklung“ war die neue UN-Agenda **„Our Common Agenda“** (<https://www.un.org/en/common-agenda>), die sich mit den UN-Entwicklungszielen über das Jahr 2030 hinaus beschäftigt.

Was ist „Our Common Agenda“?

„Our Common Agenda“

(https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/assets/pdf/Common_Agenda_Report_English.pdf) ist ein 85-seitiges UNO-Dokument aus dem Jahr 2021, das die Mitgliedsstaaten eindringlich auf einen neuen Multilateralismus und eine Weltordnung unter Kontrolle der UNO einschwört.

Nachfolgend einige Punkte aus der **Zusammenfassung** (<https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/summary.shtml>) dieser Agenda:

- Das Wohlergehen der Menschheit – und in der Tat die Zukunft der Menschheit – hängt von der Solidarität und der Zusammenarbeit als globale Familie ab, um gemeinsame Ziele zu erreichen.
- Diese Herausforderungen können nur durch eine vernetzte Antwort angegangen werden, durch einen wiederbelebten Multilateralismus und die Vereinten Nationen müssen im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen.

Besonders wichtige Ziele, die dringend angegangen werden sollen, sind:

- Ein globaler Impfplan für Impfstoffe gegen COVID-19, um Millionen Menschen diese lebensrettende Maßnahme zu verabreichen.
- Der „Infodemie“, die unsere Welt heimsucht, ein Ende zu setzen, indem wir einen gemeinsamen, empirisch untermauerten Konsens über Fakten, Wissenschaft und Wissen verteidigen. Der Krieg gegen die Wissenschaft muss beendet werden.
- Es ist jetzt an der Zeit für ein stärkeres, besser vernetztes und integratives multilaterales System, das in den Vereinten Nationen verankert ist.

Sämtliche UNO-Mitgliedsstaaten, also auch Russland und der Rest der scheinbar rebellierenden BRICS-Staaten, haben sich dieser Common Agenda verpflichtet und sind damit Befürworter dieses wiederbelebten Multilateralismus unter Kontrolle der UNO. Dass die BRICS-Staaten nicht nur felsenfest hinter der UNO stehen, sondern zudem nicht gegen die vom Westen dominierten G20-Staaten kämpfen, geht aus ihren zahlreichen Medienmitteilungen anlässlich der G20-Gipfel in **2013** (http://brics2022.mfa.gov.cn/eng/hywj/ODS/202203/t20220308_10649514.html), **2014** (http://brics2022.mfa.gov.cn/eng/hywj/ODS/202203/t20220308_10649512.html), **2015** (http://brics2022.mfa.gov.cn/eng/hywj/ODS/202203/t20220308_10649510.html), **2017** (http://brics2022.mfa.gov.cn/eng/hywj/ODS/202203/t20220308_10649506.html) und **2019** (http://brics2022.mfa.gov.cn/eng/hywj/ODS/202203/t20220308_10649502.html) hervor.

In der Peking-Erklärung des **XIV. BRICS-Gipfels** (<http://www.chinadaily.com.cn/a/202206/24/WS62b4e609a310fd2b29e682dd.html>), der am 23. und 24. Juni 2022 unter dem Thema: „Fördern Sie eine hochwertige BRICS- Partnerschaft, läuten Sie eine neue Ära der globalen Entwicklung ein“ stattfand, heißt es unter Punkt 5:

„Wir bekräftigen unser Bekenntnis zum Multilateralismus durch die Wahrung des Völkerrechts, einschließlich der in der Charta der Vereinten Nationen als deren unverzichtbarem Eckpfeiler verankerten Ziele und Grundsätze, und zur zentralen Rolle der Vereinten Nationen in einem internationalen System, in dem souveräne Staaten zusammenarbeiten, um Frieden und Sicherheit zu wahren, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, die Förderung und den Schutz der Demokratie, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten für alle zu gewährleisten und die Zusammenarbeit im Geiste der gegenseitigen Achtung, der Gerechtigkeit und der Gleichheit zu fördern.“

Habe ich das richtig verstanden, das totalitäre China will sich für die Förderung und den Schutz der Demokratie einsetzen? Ein Staat, in dem Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, will Demokratie fördern und schützen? Und ein Land wie Indien, das ein perverses Kastensystem installiert hat, in dem einige Menschen sogar als Unberührbare gelten, will Gerechtigkeit und Gleichheit fördern? Das klingt nach Kabarett!

Und damit das mit Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit auch funktioniert, wollen die lupenreinen Demokraten innovative und inklusive Lösungen, einschließlich digitaler und technologischer Instrumente, zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung und zur Erleichterung eines erschwinglichen und gerechten Zugangs zu globalen öffentlichen Gütern für alle vorantreiben.

Ich könnte fast wetten, dass mit diesen digitalen und technologischen Instrumenten die digitale ID, QR-Codes, Impfpässe, das Sozialkreditsystem Chinas sowie eine digitale Zentralbankwährung gemeint sind, um Menschen, die partout nicht demokratisch sein wollen, zur Raison zu bringen. Doch bevor die Demokratie so richtig losgehen kann, müssen natürlich – wie so oft in der Geschichte – die schädlichen Elemente aus der Gesellschaft entfernt werden. Deshalb wollen die neuen Demokraten

Herausforderungen wie Terrorismus, Geldwäsche, Infodemie und natürlich Fake News durch die Stärkung internationaler Organisationen angehen.

Und wer sich partout nicht „demokratisieren“ lassen möchte, für den hat das demokratische China bereits ein exzellentes System geschaffen, das **Laogai-System** (<https://www.igfm.de/laogai-arbeitslager/>), ein Synonym für politische Haft, Zwangsarbeit und Folter.

Wie realistisch ist es vor diesem Hintergrund, dass diese multilaterale Weltordnung, unter der Kontrolle von UNO und WEF, der gesamten Menschheit das versprochene Paradies bringen wird? Ist es nicht viel realistischer, dass wir genau das Gegenteil erleben werden: Kontrolle, Überwachung und einen als Demokratie getarnten Ökomarxismus nach dem Vorbild der BRICS-„Demokraten“ für die Masse und einen völlig neuen, innovativen, globalen Ökokapitalismus für multinationale Konzerne und deren Großinvestoren?

Denn in den oberen Gefilden, dort wo sich die selbsternannten Herrscher in ihrer Selbstüberschätzung und ihrem Hochmut suhlen, herrscht traute Einigkeit. So haben 2019 die UNO und das WEF eine **Partnerschaft** (<https://www.weforum.org/press/2019/06/world-economic-forum-and-un-sign-strategic-partnership-framework>) beschlossen, um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Ein wichtiger Punkt der Zusammenarbeit ist beispielsweise die Finanzierung der Agenda 2030. Wer die Finanzierung letztlich übernehmen wird, dürfte klar sein, denn im Ökokapitalismus können die Kosten für CO₂-Emissionen auf die Verbraucher verlagert werden, indem die Preise für Waren und Dienstleistungen einfach erhöht werden.

Die Klimareligion

Und um jeden Widerspruch gegen diese kommende Mangelwirtschaft und die steigenden Kosten im Keim zu ersticken, braucht es eine Religion. Deshalb soll im Rahmen der UN-Klimakonferenz COP 27 auf der Sinai-Halbinsel in Sharm El Sheikh, Ägypten, „ein prophetischer Ruf nach Klimagerechtigkeit und eine Zeremonie der Buße“ abgehalten werden. Das ist nur konsequent, denn was wäre eine neue Weltordnung ohne eine Weltreligion? Und was würde sich aktuell besser zur Religion eignen als der Glaube an den Klimawandel?

Die Idee dieser Klimareligion stammt von Yonatan Neril, einem Umweltschützer, Rabbiner und Direktor der NGO **Interfaith Center for Sustainable Development (ICSD)**

(<https://interfaithsustain.com/returning-to-mt-sinai/>) mit Sitz in Jerusalem. Zusammen mit seinem Partner, dem Elijah Interfaith Institute, wird der Rabbi auf der COP 27 die **Sinai-Klimapartnerschaft** (<https://interfaithsustain.com/sinai-climate-partnership/>) lancieren.

Auf Nerils Website heißt es: „Religionsgemeinschaften und religiösen Führern kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung des Klimawandels und der Klimagerechtigkeit zu, die einen tiefgreifenden Wandel in der Gesellschaft erfordert. Um jedoch einen Wandel im Handeln herbeizuführen, bedarf es einer tiefgreifenden Änderung der Einstellung, einer Änderung des Herzens. Dies ist seit Jahrtausenden die Domäne der Religionen. Religionen sind Inspirationsquellen für den Wandel des Herzens und die sich daraus ergebenden Veränderungen der Einstellung.“

Sind diese Menschen geschichtsblind? Waren nicht sämtliche Kriege, und sind es noch heute vielfach, Religionskriege? Wie viele Menschenleben haben diese „Inspirationsquellen für den Wandel des Herzens“ auf dem Gewissen? Wie viel Blut klebt an ihren

Händen?

Yonatan Neril und seine Mitstreiter rufen nun alle religiösen Führer dazu auf, tief verwurzelte Einstellungen zu überdenken und Wege zu finden, diese Einstellungen zum Wohle der Erde, unserem gemeinsamen Zuhause, zu verändern. Und weil jede gute Religion eine Bibel braucht, hat Rabbi Neril gemeinsam mit seinem Rabbi-Kollegen Leo Dee bereits die **Eco Bible** (<https://interfaithsustain.com/ecobible/>) verfasst. Und auch die neuen zehn Gebote dürfen keinesfalls fehlen, weshalb die Rabbis auch „Zehn universelle Prinzipien für Klimagerechtigkeit“ verkünden werden. Wer weiß, vielleicht wird ihr Klimagott ja vom Berg Sinai herabsteigen und ihnen die zehn Klimagebote im Rahmen ihres „prophetischen Rufs nach Klimagerechtigkeit und ihrer Zeremonie der Buße“ überreichen, so wie einst Moses die „Zehn Gebote“ vom Gott Abrahams erhalten hatte?

Der menschengemachte Klimawandel ist das Hauptargument für diesen von UNO und WEF inszenierten Neustart, der die gesamte Welt in relativ kurzer Zeit CO₂-neutral machen will, was zu gigantischen Verwerfungen führen dürfte. Doch ist diese Klimahysterie gerechtfertigt? Ist wirklich wissenschaftlich belegt, dass der Klimawandel von menschengemachten CO₂-Emissionen verursacht ist? Denn wäre das nicht so, fiel dieses Narrativ, und damit der ganze klägliche Rest dieser Transformation, in sich zusammen.

Den immer wieder beschworenen Konsens scheint es zumindest nicht zu geben, denn im Juni 2022 veröffentlichten rund 1.200 Wissenschaftler der **Global Climate Intelligence Group** (<https://clintel.org/>) unter Führung des norwegischen Physik-Nobelpreisträgers Professor Ivar Giaever eine Deklaration mit dem Titel **„There Is No Climate Emergency“** (<https://clintel.org/wp-content/uploads/2022/06/WCD-version-06272215121.pdf>) – es gibt keinen Klimanotstand.

Die Autoren, die aus der ganzen Welt stammen, konstatieren: „Wer den Ergebnissen eines Klimamodells Glauben schenkt, glaubt das, was die Modellmacher hineingegeben haben. Genau das ist das Problem der heutigen Klimadiskussion, in der Klimamodelle eine zentrale Rolle spielen. Die Klimawissenschaft ist zu einer Diskussion verkommen, die auf Überzeugungen und nicht auf solider, selbstkritischer Wissenschaft beruht. Sollten wir uns nicht von dem naiven Glauben an unausgereifte Klimamodelle befreien?“ Die Gruppe hat am 3. November 2022 auch einen **offenen Brief** (<https://clintel.org/open-letter-to-global-leaders-assembled-at-cop27-in-sharm-el-sheikh-egypt/>) an die Staatenlenker verfasst, die sich auf dem diesjährigen Klimagipfel in Ägypten versammelt haben.

Fazit

Es scheint so, als wenn auch der Kampf „West gegen Ost“ ein Täuschungsmanöver wäre, wenn auch, wie ich neidlos zugeben muss, ein ziemlich gut gemachtes. Wer auf die Mähr von der multipolaren Welt, in der jeder Staat souverän sein kann, hereinfällt und Putin als den Befreier vom unmenschlichen amerikanischen Turbokapitalismus feiert, der dürfte bitter enttäuscht werden. Das Erwachen aus dem „großen Erwachen“ wird wehtun. Die in den offiziellen Dokumenten dieser Internationalisten versprochene schöne neue Welt, die „soziale“ Gerechtigkeit, Gleichheit und Inklusion verspricht, wird nicht nur durch die oben beschriebenen Briefings ad absurdum geführt. Die bedeutungslosen Nudging-Phrasen dürften einzig und alleine dazu dienen, den auf uns zurollenden Ungerechtigkeiten einen „sozialen“ Anstrich zu verleihen, um so jeden Widerspruch im Keim zu ersticken. Denn schon Friedrich August von Hayek wusste, „sozial“ ist das Trojanische Pferd des Totalitarismus. Enden möchte ich mit einem erhellenden Zitat von Klaus Schwab: „The future is not just

happening, it is made by us!"



Simone Hörlein ist Lebensmittelchemikerin und Wissenschaftsjournalistin. Nach ihrem Studium an der **TU München** war sie mehrere Jahre in der medizinischen Forschung tätig und arbeitete zuletzt in der Wissenschaftskommunikation des **Kompetenzzentrums für Ernährung**. Neben den Naturwissenschaften interessiert sie sich für Finanz- und Geopolitik. Aktuell lebt sie in Kanada.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz ([Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de))** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.